

10. Februar 2010
ORF.at

RH: PPP-Verkehrsprojekt Ostregion zu teuer

Der Rechnungshof (RH) beanstandet beim Public-Private-Partnership-(PPP-)Verkehrsprojekt Ostregion hohe Beraterkosten von 12,52 Mio. Euro. Mit Berateraufträgen sei restriktiver umzugehen, heißt es in einem heute veröffentlichten Bericht.

Der privat und öffentlich finanzierte Neubau der 51 Kilometer langen Nordautobahn (A5) und die Weiterführung der S1 (Wiener Außenring-Schnellstraße) um 993 Mio. Euro hätten keine "gravierenden Vorteile" für die ASFINAG gegenüber einer Errichtung durch die öffentliche Hand gebracht, so die Prüfer.

Der Rechnungshof kritisiert etwa, dass die ASFINAG für landwirtschaftlich genutzte Flächen für den Straßenbau mit 115,09 Mio. Euro rund das Doppelte der in den Grundsatzgutachten ausgewiesenen Verkehrswerte bezahlte.

Rechnung "subjektiv behaftet"

Bei PPP-Projekten zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen werden ursprünglich öffentliche Aufgaben sowie deren Risiken teilweise an private Partner übertragen. Die ASFINAG errechnete bei der Entscheidung für das PPP-Konzessionsmodells Ostregion einen wirtschaftlichen Vorteil von rund 167,97 Mio. Euro. Das sei "ein mit subjektiven Wahrscheinlichkeiten behafteter Wert", so der Rechnungshof.

Die Rechnungshofprüfer verweisen darauf, dass die Kriterien für den Nachweis des wirtschaftlichen Vorteils des PPP-Konzessionsmodells gegenüber öffentlichen Straßenbauprojekten "weder verifizierbar noch falsifizierbar waren". Die Schätzungen der Kosten für die Errichtung durch die öffentliche Hand seien aufgrund des frühen Planungsstadiums mit großen Unsicherheiten verbunden gewesen. Insgesamt habe aufgrund der vorliegenden Daten nicht festgestellt werden können, welcher Beschaffungsvorgang kostengünstiger gewesen sei, so der Rechnungshof.

Link zum Online-Artikel:
<http://orf.at/ticker/357713.html>